

## **Antrag**

**der Abgeordneten Silke Seif, Dennis Gladiator, Dennis Thering, Stephan Gamm,  
Birgit Stöver (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Kita-Träger und die OKJA brauchen feste Ansprechpartnerinnen und  
Ansprechpartner in den bezirklichen Gesundheitsämtern**

Der Kita-Träger SterniPark merkte kürzlich in der „tageszeitung“ an, dass man sich ein Stück weit allein gelassen fühle (vergleiche „die tageszeitung“ „In der Kita isoliert“). Dieses Gefühl der Hilflosigkeit macht sich im Zuge der Corona-Pandemie nicht nur in den Hamburger Schulen, sondern auch in den Kitas bemerkbar. So scheint die Zusammenarbeit zwischen bezirklichen Gesundheitsämtern und Kita-Trägern nicht immer reibungslos zu funktionieren. Nicht ohne Grund äußert der Kita-Träger SterniPark den Wunsch nach festen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern bei den Gesundheitsämtern, die auch erreichbar sind.

Nur mit festen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern lassen sich schwierige, oft unübersichtliche Corona-Situationen für die häufig durch Zeit- und Personalmangel gebeutelten Kitas überhaupt bewältigen. Gleiches gilt für die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), die ebenfalls durch die Corona-Pandemie vor große Herausforderungen gestellt werden. Daher muss der rot-grüne Senat schnellstmöglich dafür Sorge tragen, in den bezirklichen Gesundheitsämtern eine feste Ansprechpartnerin beziehungsweise einen festen Ansprechpartner für die Kita-Träger und Einrichtungen der OKJA bei allen coronabedingten Fragen einzurichten und die Kita-Träger und Einrichtungen der OKJA über die jeweils zuständigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu informieren.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. in den bezirklichen Gesundheitsämtern jeweils eine feste Ansprechpartnerin beziehungsweise einen festen Ansprechpartner für die Kita-Träger und Einrichtungen der OKJA bei allen coronabedingten Fragen einzurichten. Diese sollen bei Bedarf auch beratend zur Seite stehen;
2. die Kita-Träger und Einrichtungen der OKJA über die jeweils zuständigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Gesundheitsämtern zu informieren;
3. der Bürgerschaft bis zum 30. November 2020 zu berichten.